



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Liberalismus trotz allem

Eine Handvoll Bemerkungen zum Umgang mit der Gegenreformation der Staatsanbieter

Gerhard Schwarz

HWWI Policy

Paper 5-2
der

Zweigniederlassung Thüringen



WILHELM-
RÖPKE-
INSTITUT

Dr. Gerhard Schwarz
Stv. Chefredaktor und Leiter der Wirtschaftsredaktion
Neue Zürcher Zeitung
Falkenstrasse 11 | 8021 Zürich | Die Schweiz

HWWI Research Paper
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Str. 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1861-504X

Redaktion:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Joachim Zweynert

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | März 2009
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile
ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbei-
tung in elektronischen Systemen.

Liberalismus trotz allem

Eine Handvoll Bemerkungen zum Umgang mit der Gegenreformation der Staatsanbeter

Gerhard Schwarz

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die Schriftfassung der Dritten Wilhelm-Röpke-Vorlesung, die der stellvertretende Chefredaktor und Leiter der Wirtschaftsredaktion der *Neuen Zürcher Zeitung*, Dr. Gerhard Schwarz, am 12. Februar 2009 in der Thüringer Aufbaubank in Erfurt gehalten hat. Die jährlich am 12. Februar, dem Todestag des großen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers, stattfindende Veranstaltung des *Wilhelm-Röpke-Instituts e.V.* soll dazu beitragen, Röpkes Wirken als Wissenschaftler, Politikberater und Publizist in Erinnerung zu rufen und seine Ideen auf aktuelle Probleme anzuwenden. Das HWWI dankt der Thüringer Aufbaubank in Erfurt für die organisatorische Unterstützung bei der Durchführung der Veranstaltung und dem Wilhelm-Röpke-Institut für die Finanzierung dieser Publikation.



Wilhelm Röpke
(10. Oktober 1899 – 12. Februar 1966)

1 | Dreifache Freude

Es ist für mich eine große Ehre und Freude, zu dieser dritten Wilhelm-Röpke-Vorlesung eingeladen worden zu sein. Zunächst freue ich mich ganz persönlich, als früher Leser und Bewunderer von Röpkes Ideen. Erst recht gilt diese Freude für mich als Stellvertretender Chefredaktor der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), denn es gab in der fast 230-jährigen Geschichte der Neuen Zürcher Zeitung keinen Ökonomen, keinen Wissenschaftler, keinen Denker, der eine solche Stellung in dieser Zeitung einnahm wie Wilhelm Röpke. Sein Tod wurde auf der ersten Seite gemeldet, was damals – als die erste Seite ausschließlich der politischen Auslandberichterstattung vorbehalten war – völlig ungewöhnlich war. Er publizierte unzählige Artikel zum Zeitgeschehen, seine Bücher wurden extensiv besprochen, und der Chefredaktor schenkte sie seinen Redaktoren, um, wie er in einem Brief an Röpke schrieb, die von ihm verfolgte Linie zu fördern.¹

Schließlich und ganz besonders empfinde ich diese Freude als Vorsitzender der Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft, denn viele Liberale konstruieren gerne einen Gegensatz zwischen diesen beiden liberalen Giganten, zwischen Hayek und Röpke. Das ist zwar insofern verständlich, als sich die beiden Freunde im Rahmen der Mont Pèlerin Society (MPS), die sie gemeinsam gegründet hatten – ohne Röpke wäre die MPS nicht zustande gekommen, jedenfalls nicht mit dieser starken europäischen Verankerung –, zerstritten hatten. Aber das Zerwürfnis war aus meiner Sicht nicht so sehr ein inhaltliches, sondern eher ein persönliches, geschuldet unter anderem dem langjährigen Sekretär der MPS, Albert Hunold, und seinem Einfluss auf Röpke.² Natürlich waren sich die beiden auch in der Sache nicht immer einig, wie könnte das bei zwei so starken Persönlichkeiten anders sein, aber es gab so viel mehr Verbindendes zwischen den beiden Kämpfern für die Freiheit, dass der Unterschied, der Gegensatz verblasst.³

2 | Das Triumphgeschrei der Staatsgläubigen

Damit bin ich mitten im Thema. Ich gehöre seit je zu jenen Liberalen, die bei aller intellektuellen Freude an den Unterschieden zwischen den verschiedensten Strömungen des Liberalismus das Gemeinsame immer vor das Trennende gestellt haben. Ich bin selbst kein Libertärer, aber ich hielt die Ausgrenzung der Libertären aus freiheitlich denkenden Organisationen für genauso falsch wie ich die dogmatische Intoleranz der Libertären, die alle, die nicht so denken wie sie, als unliberal, mindestens als weniger liberal als sie diskreditieren, für verheerend halte. Wir Liberale aller Schattierungen sind, selbst wenn wir alle an einem Strick ziehen, eine Minderheit. Deshalb müssen wir zusammenstehen und uns auf den Balken in den Augen der anderen statt auf die Splitter in den eigenen Augen konzentrieren.

Diese Haltung habe ich schon immer vertreten, aber sie scheint mir in Zeiten wie diesen besonders nötig. Wir leben ja ohne Zweifel in interessanten Zeiten, die eben zugleich äußerst schwierige Zeiten sind. Sie sind schwierig, weil wir die größte Wirtschaftskrise seit der großen Rezession durchmachen, eine Krise, die zudem weniger monokausal und naturgemäß auch viel globaler ist als jene der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts.⁴ Die Zeiten sind ferner schwierig, weil die letzten zwei Jahre die meisten Liberalen zumindest insofern verunsicherten, als sie sich fragen mussten, ob nicht die Ungewöhnlichkeit der Situation auch ungewöhnliche, auf den ersten Blick nicht unbedingt liberale Therapien verlangt und rechtfertigt. Und schließlich sind die Zeiten schwierig, weil diese Verunsicherung – mindestens der um Lösungen ringenden und sich nicht in der Heilsgewissheit befindenden Liberalen – zusammentrifft mit einem geradezu höhnischen Triumphgeschrei all jener – quer durch alle Parteien –, die dem freien Markt und der offenen Gesellschaft schon immer skeptisch bis feindlich gegenübergestanden sind.

Der Übermut der Staatsgläubigen scheint fast grenzenlos. Was müssen wir uns doch alles anhören, und was müssen wir alles lesen! Vom Desaster der marktwirtschaftlichen Ökonomie bis zum Ende des Liberalismus, vom totalen Versagen des Marktes bis zur Jahrhundertkrise des Systems, von der Entlarvung der Fratze des Kapitalismus bis zum nun fälligen Regimewechsel. Joseph Stiglitz meint sogar, 2008 mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers bedeute für den Kapitalismus das, was 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer für den Sozialismus bedeutet habe.⁵

3 | Realismus statt Dogmatismus

Die Schlüsselfrage ist, wie wir auf diese Vorhaltungen und auf die Euphorie der Staatsgläubigen reagieren können und müssen. Ich habe bei der Titulierung für diesen Vortrag in journalistischer Zuspitzung den Gegenwind, den wir Liberale verspüren, als Gegenreformation der Staatsanbeter bezeichnet, natürlich auch inspiriert vom Ort dieser Rede, der Luther-Stadt Erfurt. Lassen Sie mich festhalten, dass ich nicht der Meinung bin, Reformation und Liberalismus seien eine fast zwingende Parallele – und umgekehrt Gegenreformation und Interventionismus. Dafür sind Lord Acton und Alexis de Tocqueville Gegenbeweis genug.⁶ Aber natürlich liegen in der starken hierarchischen Struktur und in der scharfen Abgrenzung gegenüber Andersgläubigen der katholischen Kirche Elemente, die weit weg scheinen von liberalen Ordnungsvorstellungen. Deshalb ist das Bild vermutlich, bei aller Überzeichnung, doch nicht ganz falsch.

Dieses Bild gibt außerdem auch einen Hinweis auf das, was ich meinen Überlegungen voranstellen möchte, nämlich ein Plädoyer für einen zwar prinzipientreuen, aber undogmatischen Realismus in der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Reformation war ja ursprünglich als Reformbewegung innerhalb der Kirche gestartet, die das System, die Kirche, funktionstüchtiger machen wollte. Erst die sich gegenseitig aufschaukelnde Verhärtung auf beiden Seiten führte dann zum Schisma. In der gegenwärtigen, sich in Zukunft wohl noch verschärfenden weltanschaulichen Debatte geht es nicht um ein Schisma – Liberale und Staatsgläubige sind bereits klar voneinander getrennt. Es geht aber darum, in dem von den Ökonomen gelegentlich vergessenen politischen Prozess – Liberale und Staatsgläubige sind nämlich Teil eines gemeinsamen, demokratischen Staatswesens – nicht eine Radikalisierung zu fördern, die die freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geradezu hinwegfegen könnte, so wie das einst in deutschen Fürstentümern mit dem Protestantismus (oder umgekehrt in anderen Fürstentümern eben mit dem Katholizismus) geschehen ist.

Deshalb braucht es von Seiten der Liberalen das Bekenntnis, dass wir zwar unsere Sicht der Dinge für richtig halten, aber dass wir, erstens, mit Popper um die Vorläufigkeit allen Wissens und dass wir, zweitens, um die Fehlerhaftigkeit allen menschlichen Handelns wissen. Schließlich gehört der Zweifel zu den Grundpfeilern eines Liberalismus, der nicht zur Kirche und nicht zur Sekte verkommen will. Zudem sollten wir zugeben, dass wir fast alle die Dinge eben doch nicht so klar gesehen haben, wie sie uns ex post erscheinen. Zugleich müssen wir keinesfalls in Sack und Asche gehen, denn natürlich ist es geradezu absurd, der Marktwirtschaft und ihren Anhängern die Schuld an den Entwicklungen, die wir erlebt haben und weiter erleben, in die Schuhe zu schieben. Schon gar nicht gilt dieser Vorwurf den Ordoliberalen, die immer eine Rolle für den Staat gesehen haben, mehr jedenfalls als viele amerikanische Ökonomen. Es braucht also eine kluge Balance zwischen Selbstkritik und Selbstbewusstsein sowie ein Abwägen zwischen dem, was theoretisch ideal und dem, was realistischerweise möglich erscheint.

4 | Die Mitverantwortung der Liberalen

Von den vielen Entwicklungen, die schiefgelaufen sind, möchte ich hier bunt gemischt einige wenige herausgreifen, hauptsächlich solche eher mentaler, aber auch einige institutioneller Natur. Gemeinsam ist diesen Entwicklungen, dass sie weder keine noch die alleinige Verantwortung der Liberalen zeigen, hingegen sehr wohl eine Mitverantwortung.

Verdrängte Zyklizität

Da ist zunächst das Verdrängen des Bewusstseins der Zyklizität allen Wirtschaftens, ja der Gesellschaften an sich.⁷ Auch unter Liberalen herrschten in der Vergangenheit etwas gar viel Fortschrittsgläubigkeit, Überoptimismus und aszendente Weltsicht. Nicht, dass die Liberalen nicht im Prinzip um diese Zyklizität gewusst hätten und die Blasen früherer Zeiten, die Goldbonanza Spaniens, die Tulpenblase der Niederlande, das Ponzi-System des John Law oder die Mississippi-Bubble der USA, nicht zu ihrem Hintergrundwissen gezählt hätten. Aber trotzdem haben sie zu wenig mit Insistenz und tiefster Überzeugung vor den Gefahren der Blasen der letzten Jahrzehnte und dem dramatischen Einbruch, der ihnen folgen könnte, gewarnt, nicht anders als all die anderen, die jetzt alle behaupten, es schon immer gewusst zu haben.

Es gab zwar einige – nicht unbedingt liberale – Doom-Seher, die mit ihren Voraussagen genauso recht hatten, wie eine kaputte Uhr zweimal am Tag die richtige Zeit angibt. Es gab Exzentriker wie den hochgejubelten Nassim Taleb mit seinem „schwarzen Schwan“,⁸ der eigentlich auf Frank Knights Unterscheidung zwischen Unsicherheit und Risiko aufbaut,⁹ es gab Außenseiter wie Nouriel Roubini,¹⁰ aber im großen Ganzen wurden alle Ökonomen, liberale nicht minder als andere, an den Universitäten tätige genauso wie in den Volkswirtschafts-Abteilungen der Unternehmen beschäftigte, von den Entwicklungen überrascht. Es ist wie mit den Scheidungen: alle wissen, dass jede zweite Ehe geschieden wird, aber alle glauben auf der eigenen Hochzeit, dass es sie nicht treffen wird. Ähnlich glaubten die meisten, es würde im Prinzip schon einmal eine Korrektur geben, aber nicht so schnell, nicht so tiefgreifend und nicht so weltumspannend, wie es nun geschehen ist.

Röpke hat sich zu Krisen und Zyklen geradezu seherisch geäußert. Er nennt die Neigung zu Krisen jenes Passivum des Kapitalismus, das diesen vielleicht am meisten diskreditiert habe. „Es ist zuzugeben, dass das Gleichgewicht der kapitalintensiven Marktwirtschaft aus Gründen, über die sich die Krisentheoretiker heute einigermassen einig geworden sein dürften, labil ist. Kleinere partielle Störungen werden durch den Steuerungsmechanismus des Marktes im allgemeinen leicht und kaum merklich überwunden. ... Aber von Zeit zu Zeit stellen sich jene schweren und totalen Gleichgewichtsstörungen ein, die uns als Krisen bekannt sind. Alles deutet darauf hin, dass ihre Hauptursachen, soweit sie wirklich im Mechanismus der Marktwirtschaft zu suchen, also „endogener“ Art sind, in Unvollkommenheiten des Geld- und Kredit-systems und der Kapitalverteilung liegen.“

Modell- und Mathematikgläubigkeit

Ferner waren viele liberale Ökonomen auch nicht frei von zu viel Modell- und Mathematikgläubigkeit, was meist mit zu wenig Geschichtsbewusstsein einherging. Modelle bedeuten immer Komplexitätsreduktion. Sie braucht es, um die unglaubliche Komplexität – nicht Kompliziertheit – wirtschaftlicher Zusammenhänge erfassen zu können und kommunizierbar zu machen. Aber wenn man sich nicht gleichzeitig bewusst ist, dass diese Vereinfachung auch den Keim des Irrtums in sich tragen kann, wird man unvorsichtig und vertraut zu sehr auf Modelle und Berechnungen, die auf brüchigem Fundament basieren. Die Haltung, die etwa Benoit Mandelbrot vertritt, wonach es um bessere Modelle gehe, um bessere Grundannahmen, bleibt letztlich ebenfalls zu sehr der Modellgläubigkeit verhaftet.¹²

Auch im Grundsatz marktwirtschaftlich und liberal denkende Ökonomen in all den Instituten und in den staatlichen Verwaltungen waren vor dieser Blindheit gegenüber der Scheingenauigkeit und der nur partiellen Erklärungskraft der Modelle nicht gefeit. Vielleicht sollte man sich, *horribile dictu*, wieder mehr der historischen Schule erinnern, die zwar keine verallgemeinerbaren Theorien lieferte und in vielem völlig falsch lag, die aber wenigstens das unglaublich vielfältige, nie in seiner Totalität erfassbare Beziehungsgeflecht einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bewusst machte.¹³ Zugleich würde etwas mehr Beschäftigung mit der Psychologie nicht schaden. Die Lehre meines Doktorvaters Walter Adolf Jöhr vom sozialpsychologischen Kernprozess beschreibt jedenfalls hervorragend das Wechselspiel von Ansteckung und Nachahmung, das wir auch jetzt wieder beobachten können.¹⁴

Der Markt als Vergrößerungsglas

Die aufkeimende Fundamentalkritik am Markt – der weder ein Gott noch eine Institution, sondern bloß eine Art der Koordination der Interessen und Handlungen von unzähligen Menschen ist, allerdings die beste Art – übersieht, dass die Ergebnisse auf dem Markt die Folge menschlichen Handelns sind. Das wussten Liberale schon immer. Aber sie haben in der großen Mehrheit zu wenig bedacht, wie sehr der Markt menschliches Handeln potenzieren kann. Gemäß Niall Ferguson¹⁵ ist Geld eine Art Vergrößerungsglas, das alle menschlichen Eigenschaften potenziert, die guten wie die schlechten. Das kann man auch auf den Markt übertragen. Indem auf dem Markt das Streben und Handeln von vielen Menschen zusammengeführt wird, ergibt dies naturgemäß eine Vervielfachung – der Fähigkeiten, aber auch der Schwächen, der richtigen Entscheide, aber auch der Irrtümer.

Mir scheint, viele Liberale haben, erstens, diese Potenzierung von menschlichen Schwächen wie Gier und Kurzsichtigkeit unterschätzt. Sie haben, zweitens, die von Hyman Minsky so idealtypisch dargelegte Rationalität des Herdentriebs¹⁶ unterschätzt, der es für den Einzelnen vernünftig macht, sich mit den anderen in die gleiche Richtung zu bewegen – selbst wenn er nicht an die Nachhaltigkeit der Entwicklung glaubt. Weil er das Platzen der Blase nicht voraussehen kann, schwimmt er lieber mit und hofft, sich rechtzeitig retten zu können. Viele Liberale haben schließlich, drittens, wie das Roland Vaubel formuliert, das „Irrtumspotenzial“ der Menschen, in concreto der Banker, unterschätzt.¹⁷

Aber, ceci dit, ergeben sich daraus per se keinerlei Folgerungen in Richtung mehr Regulierung und mehr Aufsicht, denn nicht nur im Markt agieren Menschen, sondern auch der Staat wird von Menschen gebildet. Deshalb gilt alles, was wir an Menschen auf Märkten beobachten können, auch in der Verwaltung und im Staat. Dort potenziert die Macht des Gewaltmonopols die menschlichen Schwächen, dort äußert sich der Herdentrieb in political correctness und Mainstream-Denken, und dort ist das Irrtumspotenzial möglicherweise noch größer, weil die Sanktionen beim Irrtum noch schwächer und die Anreize, sich nicht zu irren, kleiner sind. Außerdem erfolgt die Selektion der Leute nicht nach sachlicher Kompetenz, sondern oft nach politischen Kriterien.

Ungenügende Haftung

Das bringt mich zu einer besonders wichtigen Ursache, nämlich der ungenügenden Haftung. Das Prinzip der Haftung zählt gemäß Walter Eucken zu den konstituierenden Prinzipien einer Wettbewerbsordnung.¹⁸ Dieses Prinzip wurde in der Finanzwirtschaft in einem Ausmaß missachtet, das die Krise enorm begünstigt hat. Ich bin mit Roland Vaubel zwar einig, dass Haftungsbeschränkungen mittels Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung nichts Neues sind und dass sie den Aufstieg der modernen Industriestaaten begleiteten.¹⁹

Aber erstens sind schon diese Haftungsbeschränkungen in der Tat nicht ohne Probleme, und es kommt daher nicht von ungefähr, dass Liberale wie Röpke den Aktiengesellschaften mit Skepsis gegenüberstanden, unter anderem auch, weil sie zum „Kolossalkapitalismus“ beitrugen.²⁰ Zweitens und viel wichtiger ist jedoch, dass vor allem viele große Banken in praktisch allen reichen Ländern von einer Art impliziter Staatsgarantie profitierten und noch immer profitieren. Nicht nur die Manager, auch die Aktionäre und Obligationäre einer Deutschen Bank oder einer UBS wussten, dass ihre Bank de facto nicht Konkurs gehen würde, dass sie „too big to fail“ ist. Das führte zu Verzerrungen des Verhaltens, der Preise und der Risikoprämien. Bei explizitem Staatsschutz wird diese Garantie in der Regel irgendwie ökonomisch abgegolten. Implizite Staatsgarantien schaffen dagegen eine Rente für die jeweiligen Banken. Hier gilt es anzusetzen, wenn man über Krisenbewältigung und Reformen nachdenkt. Für mich ist klar, dass „too big to fail“ eigentlich nur zwei Auswege kennt. Der eine ist die Offenlegung der impliziten Garantie, was in extremis auf eine Verstaatlichung hinausläuft. Der andere ist, zu verhindern, dass Unternehmen, Banken, überhaupt in die Dimension „too big to fail“ hineinwachsen. Dieser zweite Ausweg ist aus liberaler Sicht eindeutig der weniger schlechte.

5 | Mehr Staats- als Marktversagen

Während die erwähnten vier Faktoren durchaus eine Mitverantwortung der Liberalen aufweisen, sollten wir uns mit Vehemenz gegen die unsinnige These zur Wehr setzen, die Krise sei eine eindeutige Folge von Marktversagen. Auf freien Märkten kommt es nicht automatisch zu paradiesischen Zuständen, denn auf Märkten finden Such- und Entdeckungsprozesse statt, kommt es somit sowohl zu Erfolg als auch zu Irrtum. Und selbstverständlich gibt es so etwas wie Marktversagen, aber es gibt eben auch Staatsversagen. Und in dieser Krise liegen viele Ursachen beim Staat im weitesten Sinne.

Da steht weit vorne die sehr großzügige, sehr large Geldpolitik²¹ vor allem der amerikanischen Notenbank, aber auch der Europäischen Zentralbank, zumindest gemessen an den boomenden wirtschaftlichen Situationen etwa Spaniens oder auch Irlands.²² Dazu kommt die – fast ist man versucht zu sagen: schwäbische – Eigenheimphilosophie in den USA: jeder amerikanischen Familie ihr eigenes Haus, ob sie es sich leisten kann oder nicht. Fannie Mae und Freddie Mac lassen grüßen. Auch bleibt die These von der weitgehenden Deregulierung der Finanzmärkte eine Mär.²³ Richtig ist, dass in diesem Bereich sehr viel reguliert wurde, oft das Falsche und oft falsch; richtig ist auch, dass – ökonomisch formuliert – sehr viel Regulierungsarbitrage betrieben wurde. Einfacher ausgedrückt kann man sagen, dass natürlich jede Regulierung dazu führt, dass sie umgangen wird. So sind die vielen außerbilanziellen Positionen der Banken auch als Reaktion auf die Regeln über die risikogewichtete Eigenmittelausstattung aufgebaut worden – übrigens zum Teil mit Wissen oder zumindest „benign neglect“ der Aufsichtsbehörden.

6 | Die Notwendigkeit einer Nothilfe

Ich gehöre zu jenen liberalen Ökonomen, die der festen Überzeugung sind, dass in der Krise, in der wir stecken, staatliches Handeln nicht nur angebracht, sondern sogar nötig war. Für mich gibt es zwei Rechtfertigungen für Staatsinterventionen in dieser Krise. Die eine ist, zu verhindern, dass der Zusammenbruch einer Bank oder einer Branche die ganze Wirtschaft in den Abgrund zieht – also die Systemstabilität. Die andere ist, die Spirale des Misstrauens zu brechen, die ebenfalls in den Abgrund führen kann. Ich weiß um die Missbrauchsanfälligkeit beider Argumente. Sie werden von den Staatsanbetern schamlos ausgenutzt und eingesetzt. Aber die Angst vor dem Missbrauch macht die Argumente nicht ungültig und sie darf nicht zur Untätigkeit führen.

Sicherung der Systemstabilität

Wenn ein Zusammenbruch des Finanzsektors droht und staatliches Handeln das verhindern kann, wäre staatliches Abseitsstehen schlicht unverantwortlich. Was ich vor über einem Jahr in der NZZ geschrieben habe, würde ich auch heute noch so unterschreiben. (Das ist bei uns Journalisten nicht immer so.) Am 19. Januar 2008 kommentierte ich einen Entscheid des Fed folgendermaßen: „Soll ein Arzt einem Schwerkranken die einzig wirksame Medizin vorenthalten, weil er um deren gravierende Langzeitfolgen weiss? Und würden viele leidende Patienten auf eine solche Therapie verzichten? Es wäre daher geradezu verantwortungslos gewesen, hätten die Geldpolitiker in der letzten Zeit die Märkte nicht mit Liquidität versorgt. Dies hätte mit grösster Wahrscheinlichkeit zu Zusammenbrüchen nicht nur von einzelnen Banken, sondern des ganzen Geld- und Kreditsystems geführt. Es ging hier nicht um die Konjunktur, sondern um Systemstabilität. In dieser Situation wurde mit Recht alles getan, auch das, was aus orthodoxer Sicht nicht ganz koscher sein mag.“²⁴

Für mich gehört diese Nothilfe genauso zu den staatlichen Grundaufgaben wie etwa die Sicherung der inneren Ordnung oder die Pflege des Rechtssystems. Aus meiner Sicht brauchen wir jenen zugleich schlanken und starken Staat, den die Ordoliberalen fordern, nicht nur, damit dieser sich in der Wettbewerbspolitik gegen die Partikularinteressen der Unternehmen und Branchen durchsetzen kann, sondern eben auch, damit er im Krisenfall, im Fall der systemgefährdenden Krise, notfallmässig und unterstützend eingreifen kann. Diese Nothilfe – bis hin zur vorübergehenden (Teil-)Verstaatlichung – darf nur unter Einhaltung ganz strikter Bedingungen erfolgen, und sie muss der Erhaltung des Systems, nicht der Erhaltung einzelner Unternehmen dienen.²⁵ Dort, wo ein Unternehmen systemrelevant ist, fallen die beiden Ziele natürlich zusammen. Vom Ansatz her scheint mir dabei die Lösung, die Schwedens bürgerliche Regierung Anfang der neunziger Jahre entwickelt hat – Rekapitalisierung systemrelevanter Banken durch eine staatliche Auffanggesellschaft und danach deren rascheste Reprivatisierung – ziemlich vernünftig.²⁶

Die Hilfe im systemrelevanten Notfall bedeutet also nicht, dass nun generell eine stärkere Rolle für den Staat angesagt wäre, im Gegenteil: der Staat sollte sich im „courant normal“ zurückhalten, damit er im Krisenfall über die moralische Glaubwürdigkeit und die finanzielle Kapazität verfügt, um erfolgversprechend eingreifen zu können.

Konjunkturelle Stützung mittels Geld- und Fiskalpolitik

Zu der mit der Systemstabilität begründeten geldpolitischen Flutung und zu den mehr oder weniger gezielten Rettungsmaßnahmen für all die angeschlagenen Institute kamen schon bald eine eher konjunkturelle Motivation der Geldpolitik sowie etwas später eine ganze Fülle von fiskalpolitischen Stützungsideen. Der Keynesianismus feiert Urständ – und Liberale begegnen ihm zu Recht mit Skepsis. Zum einen ist eine gewisse Zyklizität wahrscheinlich keineswegs schlecht, zum anderen ist diese Glättung, wie sowohl Theorie als auch Empirie zeigen, nur sehr begrenzt überhaupt möglich.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob man eine völlige Ablehnung aller Konjunkturprogramme wirklich vertreten kann, zumal wenn jene Recht

bekommen sollten, die die Schwere der jetzigen Krise mit der Großen Depression vergleichen.²⁷ Rein ökonomisch bedeutete das aus meiner Sicht das Verschwinden zahlreicher zwar nicht kerngesunder, aber auch nicht sterbenskranker Firmen, einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit, den forcierten Auszug von Hunderttausenden von Familien aus ihren Häusern und vorerst kräftige Wohlstandsverluste. Wer hier mit der langen Frist argumentiert, in der alles besser wird, vergisst, Künftiges ordentlich abzudiskontieren und erinnert damit an die Klimawandel-Fundis. Ich bin mir sicher, dass Wilhelm Röpke das ähnlich gesehen hätte. Schließlich hat er in den dreißiger Jahren als Liberaler ganz explizit staatliche Ausgabenprogramme bejaht, wenn es sich um eine selbstverstärkende Krise handelt, eine „sekundäre“ Depression, wie er das selbst nennt.²⁸

Dazu kommt: Die Ökonomie ist das eine, die Politökonomie etwas anderes. Dass die Bevölkerung bereit wäre, zwar unter dem Titel „Systemstabilität“ Hunderte von Milliarden in die Finanzbranche zu „buttern“, selbst aber als Folge der durch die Finanzkrise verschärften Rezession den Arbeitsplatz zu verlieren und nirgends die helfende Hand des Staates zu sehen, wage ich zu bezweifeln.

7 | Warnung vor Langfristfolgen

Nun wird es nicht wenige unter Ihnen geben, die enttäuscht sind, ob so viel Selbstkritik am eigenen Lager und ob so viel Kompromissbereitschaft gegenüber Maßnahmen, die keinem Liberalen Freude machen können – auch mir nicht. Ich halte im Prinzip – der Teufel liegt im Detail – diese Maßnahmen aber einerseits für nötig, um Schlimmstes zu verhindern, und ich halte andererseits ihre kategorische Ablehnung für politisch nicht vermittelbar. Deswegen versuche ich, eine Position einzunehmen und verständlich zu machen, die Ja sagt zur Nothilfe, aber nicht zu mehr, und die zugleich die Langfristfolgen dieser Nothilfe immer mitdenkt und entsprechend frühzeitig adressiert. Mein Ja zur Nothilfe ist also überschattet von einigen großen Warnungen:

Vorsicht vor dem Ausufernden des Staates

Was immer der Staat legitimerweise auch tut, ob er Teil- oder Totalverstaatlichungen vornimmt, eine „bad bank“ gründet, den Banken verbilligte Kredite gibt, sich für die verschiedenen Programme massiv verschuldet oder Steuern erhöht – sein Umfang und sein Einfluss dürfen nicht zu groß werden. Das ist leichter gesagt als getan, aber es gibt Ansatzpunkte. So ist bei einer Teilverstaatlichung der Weg zurück leichter als bei einer Totalverstaatlichung, Kapitalbeteiligung an einer Bank verlangt nicht unbedingt Mitsprache im Verwaltungsrat, und fiskalpolitische Stimuli können durch eine saubere Rückzugs- und Schuldenabbauplanung oder gar gesetzlich festgelegte Schulden-

bremsen ihrer langfristigen Explosionswirkung etwas beraubt werden. Geschieht das nicht, legen wir mit der Nothilfe den Grundstein für die nächste Bubble, ein staatliches Ponzi-System erster Güte.

Vorsicht vor der Inflation

Je mehr ich Vertreter von Zentralbanken und wirtschaftspolitische Regierungsberater behaupten höre, die ganze bisherige Geldpolitik sei nicht inflationär, umso weniger glaube ich daran. Wenn man, nachdem man bei der Zinspolitik mit Sätzen gegen Null langsam am Ende der Fahnenstange angelangt ist, nun von „quantitative easing“ spricht, was zum Teil einfach ein Euphemismus für das Bedienen der Notenpresse ist, dann ist kaum vorstellbar, dass dies nicht zu Inflation führen soll.

Natürlich wirkt sich in einer Phase, in der Unternehmen und Haushalte zu hoher Kassahaltung und zum Horten neigen, die Liquiditätszufuhr der Notenbanken nicht preistreibend aus – weder im Konsum noch bei Vermögenswerten. Aber wenn die Geldpolitik und all die anderen Maßnahmen zu wirken beginnen, wird sehr wohl Inflationsdruck entstehen. Und spätestens in diesem Moment müssten die Notenbanken anfangen, Geld aus dem System herauszunehmen. Das wird indessen politisch fast ein Ding der Unmöglichkeit sein, denn nach einer Rezession, die tief und lang ist – oder zumindest eines von beidem –, werden die Geldbehörden zu hören bekommen, man dürfe jetzt doch nicht nach diesem konjunkturellen Winter gleich die ersten keimenden Blumen wieder abtöten. Vielleicht könnte man diesem Druck etwas entgegenwirken, wenn man schon heute einen relativ klaren und gültigen Plan für die Rückkehr zur Normalität veröffentlichte. Aber auch hier gilt: Die nächste Blase droht.

Vorsicht vor Überregulierung

Wir kennen das aus früheren Krisen, Enron lässt grüßen: Wenn immer etwas schief gelaufen ist, kommt der Ruf nach schärferen Regulierungen. Er ist auch jetzt unüberhörbar. Diese neuen, schärferen Regulierungen lösen dann meist die Probleme der Vergangenheit, während die Probleme der Zukunft im Ungewissen liegen und sich damit der Regulierung ziemlich entziehen.

Die liberale Position sollte lauten, dass es selbstverständlich Unsinn ist, zu argumentieren, der Kapitalismus oder der freie Markt erlaube es nicht, Regeln und klar definierte Anreizstrukturen zu setzen.²⁹ Das Gegenteil ist der Fall: Die Marktwirtschaft ist eine staatliche Veranstaltung. Alles andere ist Nirwana und hat mit der Realität nichts zu tun. Ebenso unbestreitbar scheint mir, dass es sehr wohl Verbesserungsbedarf bei den Regulierungen gibt; was ist schon perfekt? Aber Verbesserung heißt nicht mehr und detailliertere Regeln, sondern insgesamt wohl eher weniger und einfachere Regeln. Schon gar nicht heißt Verbesserung der Regeln die Zentralisierung der Regeln auf internationaler Ebene. Der Wettbewerb der Systeme, der Jurisdiktionen, ist der Schlüssel sowohl zur Freiheit als auch zur Suche nach ständig noch besseren Regeln.

Beatrice Weder hat die Forderung nach einfachen Regeln mit einem schönen Bild verdeutlicht.³⁰ Hintergrund bildet die vor allem von vielen Notenbanken erhobene Forderung nach einer deutlich besseren Eigenmittelausstattung der Banken. Basel II mit seinen äußerst detaillierten, risikoge-

wichteten Vorgaben sei, so sagt Frau Weder, wie ein Radar, der es einem Flugzeug erlaube, sehr knapp über dem Boden zu fliegen und sich dabei sehr genau an Hügel und Täler anzupassen. So technisch beeindruckend dieses Radarsystem sei, habe es aber doch den Nachteil, dass es bei der kleinsten Überraschung, Unaufmerksamkeit des Piloten oder Falscheinstellung des Systems zum Absturz führe. Genau das haben wir erlebt. Die neuen, einfachen Leverage ratios für Banken wirken dagegen im Urteil von Frau Weder wie eine Vorschrift, die eine so große Flughöhe vorschreibt, dass es eben nicht so leicht zu einem Aufprall an einem Berg oder Hügel kommen kann. Das zugegebenermaßen größere Instrument biete also mehr Sicherheit.

Vorsicht vor Aktivismus

In den letzten Wochen haben sich die Meldungen über alle möglichen Aktivitäten und Programme der Regierungen zur Rettung des Finanzsystems nur so gehäuft. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in einem Land ein Hilfspaket, eine Zinssenkung oder eine Verstaatlichung angekündigt wird. Hier gilt: Bei allem Verständnis für die Dringlichkeit von Rettungsmaßnahmen wäre weniger trotzdem vermutlich oft mehr. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, Regierungen und Notenbanken habe ein gewaltiger Aktivismus erfasst nach dem Motto, es sei – für eine Wiederwahl – besser, zuerst zu handeln und erst dann zu denken.

Das Anfang Februar vom amerikanischen Finanzminister Timothy Geithner vorgestellte 2000-Milliarden-\$-Programm ist von diesem Zuschnitt: astronomisch groß, reichlich vage, wenig durchdacht und ziemlich symptomorientiert. Auch die Genesis des sogenannten Paulsen-Plans zeigt, wie wenig die Hektik bringt: Die frühe Ankündigung und der folgende Zickzack-Kurs haben die Unsicherheit nur verstärkt. Tatsache ist, dass in dieser Krise niemand wirklich den Durchblick hat, weil sie so außergewöhnlich ist, dass man die Rezepte nicht aus der Schublade ziehen kann, sondern besonders lange und tief nachdenken müsste, bevor man hoffen könnte, etwas Sinnvolles zu tun.

8 | Krise als Chance

Nun sollten wir aber nicht nur die langfristigen Gefahren erkennen und im Auge behalten, sondern wir sollten noch in einem anderen, positiveren Sinne langfristig denken: Wir sollten die Krise als Chance erkennen und nutzen, als Chance, um jene strukturellen Reformen anzupacken, die uns schon lange am Herzen liegen. Natürlich kann man sie nicht mitten in der Krise umsetzen, sondern die große Herausforderung besteht darin, die langfristige Gesundung, sprich: strukturelle Reformen, anzumahnen, auch schon in die Wege zu leiten, aber gleichzeitig bei der kurzfristigen Therapie mitzumachen. Schließlich nützen dem toten Patienten gesunde Diäten nicht mehr viel.

Hans-Christoph Binswanger hat beispielsweise unlängst vorgeschlagen, die Verstaatlichungstendenzen dazu zu nutzen, um ein neues Gesellschaftsrecht, ein neues Aktienrecht zu entwickeln, das weniger spekulations- und krisenfördernd ist, und die vorübergehend verstaatlichten Banken dann in dieses neue gesellschaftsrechtliche Regime zu entlassen.³¹ Auch auf dem Arbeitsmarkt oder in der Finanz- und Steuerpolitik gäbe es viel zu tun, darunter so manches, das auch Chancen beinhaltet, das System insgesamt dadurch krisenresistenter zu machen. Deshalb ließe sich die Krise auch als Verkaufsargument für dringend nötige Reformen nutzen. Daran denke ich, wenn ich sage, die Krise sei auch eine Chance für strukturelle Reformen.

9 | Zwischen allen Stühlen

Mit der Haltung

- Nothilfe und Krisenintervention als notwendige Übel zu akzeptieren,
 - sie auf das wirklich Notwendige zu begrenzen,
 - gleichzeitig alles daran zu setzen, um möglichst rasch aus diesem Ausnahmezustand wieder herauszufinden
 - und die Krise klug für Strukturreformen zu nutzen,
- setzt man sich natürlich zwischen alle Stühle.

Für die Fraktion des radikalen „Laisser faire“ ist man damit zum Keynesianer, zum Interventionisten, ja zum Sozialisten verkommen. Dieser Gruppe würde ich entgegenhalten, dass das Nichtstun verheerende kurz- und mittelfristige ökonomische Folgen hat, die nicht zu verantworten sind. Dabei halte ich den Vergleich mit der Großen Depression noch immer teilweise für Übertreibung und Panikmache. Aber auch so bleibt die Krise groß genug. Fast noch mehr als die ökonomische Dimension besorgt mich aber im übrigen die politische.³² Die sozialistische Hydra, die nun überall ihren Kopf erhebt und

die sich auch schnell in ein national-sozialistisches Ungetüm verwandeln kann, wird man nicht mit einer dogmatischen Radikalposition bekämpfen können, sondern allein dadurch, dass es gelingt, die schlimmsten Folgen früherer fehlgeleiteter Entwicklungen wenn nicht gänzlich, so doch halbwegs schmerzfrei zu überwinden.

Für die hysterischen Macher ist man mit dem Hinweis auf die Langfristfolgen aller Rettungspakete entweder der lästige Nörgler und Mahner, der das rasche Eingreifen und damit den Genesungsprozess verzögert und behindert, oder allenfalls der dogmatische Ordnungspolitiker ohne Sinn für die Realität. Dieser im Gegensatz zur erstgenannten Fraktion nicht wirklich an einer freien Ordnung interessierten Gruppe antwortete ich, dass die Verabreichung einer hoffentlich wirksamen, aber zugleich äußerst giftigen und abhängig machenden Medizin besondere Sorgfalt, besondere Vorsicht verlangt – und die Bereitschaft, nach der Genesung dann genauso beherzt die vielen schädlichen „Nebenwirkungen“ und die entstandene Medikamentensucht anzugehen. Von all dem ist bisher nichts, rein gar nichts zu sehen.

Ich halte diese Balance zwischen den Positionen für intellektuell schwieriger und für mutiger als die simplizistische Schwarz-Weiss-Sicht jenseits der ökonomischen, aber ganz sicher der demokratischen Realitäten, für schwieriger und für mutiger aber auch als den gänzlich prinzipienlosen, allein dem Augenblick verpflichteten Pragmatismus. Ein Urteil Friedrich August von Hayeks über Wilhelm Röpke ist mir in diesem relativ einsamen Kampf Trost. Hayek hat über Röpke geschrieben: „Röpkes Rolle in der intellektuellen Entwicklung unserer Zeit wird erst die Nachwelt beurteilen können. Aber eine Gabe darf ich hervorheben, für die wir, seine Kollegen, ihn besonders bewundern – vielleicht weil sie unter Gelehrten die seltenste ist: Es ist sein Mut, die Zivilcourage. Damit meine ich nicht so sehr, sich bewusst Gefahren auszusetzen, obwohl Röpke auch dies nicht gescheut hat. Der Mut, den ich meine, ist der Mut, populären Vorurteilen entgegenzutreten, die im Augenblick als die Ideale aller gutgesinnten, fortschrittlichen, patriotischen oder idealistischen Menschen gelten.“³³ Wir Liberale werden diesen Mut in den nächsten Jahren ganz besonders brauchen, und zwar erst recht, wenn wir nicht Fundamentalopposition betreiben, sondern versuchen, im Dickicht der Krise und ihrer Bekämpfung das Ziel einer freiheitlichen Gesellschaft nicht nur nicht aus den Augen zu verlieren, sondern ihm auch real etwas näher zu kommen.

1 Vgl. dazu G. Schwarz, Liberalismus jenseits von Angebot und Nachfrage. Betrachtungen zu Wilhelm Röpkes Wirtschaftsphilosophie aus Anlass seines 40. Todestages, in: Neue Zürcher Zeitung, 10. Februar 2006, S. 14.

2 Vgl. R.M. Hartwell, A history of the Mont Pelerin society, Indianapolis 1995, S. 100 ff.

3 Für viele ältere Mitglieder der MPS blieb Röpke allerdings nach seinem Austritt eine umstrittene Persönlichkeit. So wurde meine Rede am MPS-Meeting 1999 in Potsdam aus Anlass seines 100. Geburtstags von den einen beklatscht, von anderen aber keineswegs goutiert. Vgl. G. Schwarz, Wilhelm Röpke – Morals and the Markets, in: Reflexion Nr. 42, Dezember 1999, S. 27 ff.

4 Bei aller Sympathie für Querdenker halte ich Stefan Homburgs These, es sei keine Krise zu erkennen, für ein etwas gar zu gesuchtes Bemühen, aufzufallen. Vgl. „Sind alle verrückt geworden?“, Streitgespräch zwischen Stefan Homburg und Bert Rürup, in: Der Spiegel, Nr. 5, 2009, S. 63 ff.

5 Vgl. A de Jasay, Mühsam weiter auf dem «Dritten Weg», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Dezember 2008, S. 12.

6 Vgl. G. Schwarz, Die freiheitliche Wirtschaftsordnung und der Katholizismus – eine Art von Hassliebe, in: Reflexion 2/2006, S. 33 ff.

7 Vgl. B. Eichengreen/M. Bordo, Special Report on the Future of Finance, in: The Economist, 24. Januar 2009, S. 4.

8 Vgl. N.N. Taleb, The Black Swan. The Impact of the High Improbable, London 2008.

9 Vgl. F. Knight, Risk, Uncertainty and Profit, New York 2005 (Erstausgabe 1921).

10 Vgl. Gespräch mit Nouriel Roubini unter dem Titel „Das Schlimmste liegt noch nicht hinter uns“, in: Neue Zürcher Zeitung, 29. Januar 2009, S. 20. Vgl. auch R. Shiller, The subprime solution. How today's financial crises happened and what to do about it, Princeton 2008.

11 W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 6. Aufl., Bern 1979, S. 195 f.

12 Vgl. B. Mandelbrot/R.L. Hudson, The (Mis)Behavior of Markets. A Fractal View of Financial Turbulence, New York 2008, bes. S. XV ff.

13 Vgl. zur historischen Schule etwa J. Burckhardt/B.P. Priddat (Hrsg.), Geschichte der Ökonomie, Frankfurt 2000, S. 663 ff.

14 Vgl. W.A. Jöhr, Die Konjunkturschwankungen, Tübingen/Zürich 1952. Die wesentlichen Überlegungen zum sozialpsychologischen Kernprozess finden sich ferner in W.A. Jöhr, Der Auftrag der Nationalökonomie. Ausgewählte Schriften, Tübingen 1990, S. 229 ff.

15 Vgl. Niall Ferguson, The Ascent of Money. A financial History of the World, New York 2008.

16 Vgl. etwa H. Minsky, Stabilizing an unstable Economy, Yale University Press, New Haven/London 2008, Vgl. dazu auch G. Schwarz, Rationales Herdenverhalten an der Börse, in: Neue Zürcher Zeitung, 22. Januar 2008, S. 19.

17 R. Vaubel, Die Finanzmarktkrise beruht nicht auf einem Systemfehler, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 118, 4/2008, S. 22.

18 Vgl. W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1972, S. 172 ff.

19 Vgl. R. Vaubel, a.a.O., S. 21.

20 Vgl. J. Starbatty, Das Mass der Wirtschaft, in: Liberales Institut (Hrsg.), Markt und Moral. Wilhelm Röpke: Das Mass des Marktes, Zürich 2006, S. 9 f.

21 Die Österreichische Schule der Nationalökonomie mit ihrer These, dass Krisen im Kapitalismus immer die Folge von zu billigem Geld seien, kommt jetzt wieder zu Ehren.

22 Noch grundlegender bleibt es ein Problem, dass alle Notenbanker unter der Federführung von Alan Greenspan behaupteten, steigende Vermögenspreise (Asset Price Inflation) stellten keine Gefährdung der Stabilität dar, ganz abgesehen davon, dass es gar nicht möglich sei, zu erkennen, wann sie zu hoch seien, wenn also eine Blase entstanden sei.

23 Vgl. etwa W. Möschel, Finanzkrise und Marktwirtschaft, in: Wirtschaft und Wettbewerb, Heft 12, 12/2008, S. 1283 ff.

24 G. Schwarz, Fertig lustig, in: Neue Zürcher Zeitung, 19. Januar 2008, S. 31.

25 Vgl. G. Schwarz, Not kennt kein Gebot, in: Neue Zürcher Zeitung, 4. Oktober 2008, S. 21.

26 Vgl. W. Gehrman, Wehrpflicht in der Bank, in: Die Zeit, Nr. 4, 15. Januar 2009.

27 Eine erfrischende neue Sicht auf die Weltwirtschaftskrise liefert Amity Shlaes, *The Forgotten Man. A New History of the Great Depression*, New York 2008.

28 Röpke wurde tatsächlich zum „Keynesianer für einen Augenblick“. Vgl. dazu H.J. Hennecke, *Wilhelm Röpke – ein Leben in der Brandung*, Stuttgart 2005, S. 84. Sehr schön beschreibt Hennecke hier, dass Hayek, der in einem Briefwechsel mit Röpke Bedenken anmeldete, in dieser Auseinandersetzung zwar um die geschlosseneren theoretische Argumentation bemüht war, Röpke aber das schärfere Gespür für die psychologische und politische Dimension der Krise aufwies. Vgl. ferner O. Hieronymi, *Wilhelm Röpke, The Social Market Economy and Today's Domestic and International Order*, in: *Globalization and the Social Market Economy. The Relevance of Wilhelm Röpke's Teaching today*, Cahiers HEI, No. 6, 2002, S. 11.

29 Vgl. P. Hildebrand, *Weltfinanzkrise – Analyse und Ausblick*, Einführungsreferat am NZZ-Podium vom 25. Januar 2009 in Zürich.

30 Interview mit Beatrice Weder di Mauro unter dem Titel „Ein Gesamtkonzept für die Rettung der Banken fehlt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Februar 2009.

31 Vgl. H.-C. Binswanger, *Die Spekulationsanfälligkeit der Aktiengesellschaft dämpfen*, in: *Börsenzeitung*, 3. Dezember 2008, S. 6.

32 Vgl. zu den politischen Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen, W.A. Jöhr/G. Schwarz, Stichwort „Wirtschaft und Politik“, II. Ursachen- und Gestaltungsprobleme, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1980, bes. den Abschnitt über die Weltwirtschaftsdepression und ihre politischen Auswirkungen.

33 F.A. von Hayek, in: W. Röpke, *Gegen die Brandung. Aufsatzsammlung* (hrsg. von A. Hunold), Erlenbach/Stuttgart 1959, S. 27.

HWWI Policy Papers
der HWWI-Zweigniederlassung Thüringen

1. Solarenergie in Thüringen

Michael Bräuninger, Markus A. Hessler

Hamburg, Januar 2009

Wilhelm-Röpke-Institut e.V.

Das Wechselspiel zwischen Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich nicht auf Angebot und Nachfrage reduzieren. Die „Interdependenz der Ordnungen“ (Walter Eucken) erschließt sich nur, wenn Fragen „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (so der Titel des bekanntesten Buches von Wilhelm Röpke) in die wissenschaftliche Analyse einbezogen werden. Diese Einsicht war fundamental für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, wie es von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke konzipiert und von Ludwig Erhard in die politische Praxis umgesetzt wurde.

Wir fühlen uns insbesondere dem Vermächtnis Wilhelm Röpkes (1899-1966) verpflichtet, der 1924 an die Universität Jena als damals jüngster Professor in Deutschland berufen wurde. Das Wilhelm-Röpke-Institut unterstützt in Zusammenarbeit mit der Zweigniederlassung Thüringen (Erfurt) der Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI) Forschungs- und Publikationsaktivitäten, die das geistige Vermächtnis Wilhelm Röpkes aufarbeiten und die im Rahmen regulärer Budgets von Forschungseinrichtungen nicht oder nicht zufriedenstellend zu realisieren sind.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Zweigniederlassung Thüringen
c/o Thüringer Aufbaubank | Gorkistraße 9 | 99084 Erfurt
Tel +49 (0) 361 7447 - 108 | Fax +49 (0) 361 7447 - 454
infowww.hwwi.org